

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 03-26 vom 17.03.2026

Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder,

zunächst einmal vielen Dank an alle Wählerinnen und Wähler! Über 70% Wahlbeteiligung ist ein Ausdruck dafür, dass eine große Mehrheit unsere Bürger unsere Demokratie schätzen und leben. Unser CDU-Landtagskandidat Thorsten Schwarz erzielte in Bad Schönborn 32,9% der Stimmen. Mit deutlichem Abstand hat er das Direktmandat im Wahlkreis gewonnen und tritt nun die Nachfolge von Ulli Hockenberger an. An dieser Stelle **herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die kommenden Aufgaben, lieber Thorsten** - und noch einmal ein ganz **herzliches Dankeschön an dich, lieber Ulli, für die herausragende Arbeit und Unterstützung für unseren Ort** in den letzten Jahren!

Und nun von der Landes- zurück zur Ortspolitik...

Die wesentlichen Entscheidungen aus der letzten GR-Sitzung im Überblick:

- Gemeinderat beauftragt die Planung zum Anschluss des Renz-Gewerbeparks fortzuführen
- Industriegebiet Aue wird zum Gewerbegebiet herabgestuft
- 150.000 Euro für Stützmauer rund um das Gelände des neuen Kindergartens St.Maria
- Der Gemeinderat wird voraussichtlich am 28. April über die Anwendung des Bau-Turbos entscheiden

Verwaltung informiert zum Bau-Turbo (TOP 2)

Die Verwaltung stellte die aktuelle Planung zur Umsetzung des sogenannten „Bau-Turbos“ vor.

Die Beratung über die Anwendung des sogenannten „Bau-Turbos“ – ein Instrument zur Beschleunigung von Wohnbauprojekten – wurde durch Mehrheitsbeschluss in den nichtöffentlichen Teil verschoben. Hintergrund waren durchaus sensible verwaltungstechnische Fragen, die es zunächst zu klären galt. Die Mehrheit der Fraktionen war sich im Nachgang einig, dass dies eine sinnvolle Entscheidung war. Eine Beschlussfassung wird voraussichtlich in der nächsten öffentlichen Sitzung am 28. April erfolgen.

Als CDU-Fraktion unterstützen wir die Einführung des Bau-Turbos. Allerdings müssen seitens der Verwaltung zunächst die notwendigen qualitativen als quantitativen Grundvoraussetzungen geschaffen werden. Der Prozess muss nachvollziehbar, verlässlich und rechtssicher sein – für die Verwaltung, den Gemeinderat, und vor allem auch für die Bürger.

Wer mehr Details zum *Bau-Turbo* erfahren möchte findet als Sonderbeilage zum Newsletter noch eine etwas ausführlichere Beschreibung. Daniel Molk hat als Bauingenieur mit viel Planungserfahrung den Sachverhalt für Sie verständlich aufbereitet.

Gemeinderat beauftragt Planung zur südlichen Anbindung des Renz-Gewerbeparks (TOP 6)

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes gab BM Hüge bekannt, dass man bereits mit ersten Unternehmen bzgl. Gewerbefläche im ernsthaften Austausch sei. Herr Schröder vom beauftragten Planungsbüro stellte die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung mit den Rückmeldungen von Ämtern, Institutionen und Bürgern vor. Das häufigste genannte Anliegen war die südliche Anbindung des Renz-Gewerbeparks. Die Anwohner erhoffen sich dadurch eine erhebliche Reduzierung des LKW-Verkehrs entlang der Brückenstraße und Dammstraße.

Die vom Regierungspräsidium geforderte Renaturierung des Kraichbachs stellt dabei die aktuell größte Herausforderung dar. Eine grobe Machbarkeitsstudie eines Köln/Aachener Büros sah

zunächst völlig unverhältnismäßige Ausbreitungsflächen für den Bach vor, die laut BM Hüge auch technisch / physikalisch gar nicht realisierbar wären. Eine realisierbare Detailplanung mit weniger Flächenverbrauch ist in Arbeit. Daher hatte die Verwaltung die Planung der Brücke zunächst aus dem Beschlussvorschlag der Sitzung genommen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Molk forderte, die Erarbeitung von Varianten zur Querung des Kraichbachs und der Anbindung des Renz Areals mit in den Beschluss aufzunehmen. Mit 19 ja Stimmen gab der Gemeinderat explizit den Arbeitsauftrag für die Verortung der Brücke.

Gemeinderat beschließt Industriegebiet Aue zum Gewerbegebiet herunterzustufen (TOP 3)

Nach der Schließung und Abriss des ehemaligen Ophelis-Werksgeländes im Industriegebiet Aue lag es nahe, die Nutzung der Fläche nochmals genauer zu prüfen. Der bisherige Bebauungsplan von 1978 teilte das Gebiet in ein Industriegebiet (Norden) und ein Gewerbegebiet (Süden) auf – eine Differenzierung, die damals sicher Sinn ergab. Die gewachsene Realität stellt sich heute anders dar. Die angesiedelten Betriebe sind keine klassischen Industriebetriebe, sondern Handwerks-, Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe. Die Nachfrage ist im Charakter gewerblich, nicht industriell. Um eine möglichst gute Verträglichkeit auch zwischen den Unternehmen sicherzustellen ist es aus Sicht von Verwaltung und Gemeinderat empfehlenswert, das Gebiet von der bisherigen Qualifizierung als Industriegebiet herunterzustufen zu einem Gewerbegebiet. Die mögliche Nutzung wurde außerdem inhaltlich weiter konkretisiert. Dies steuert die Nutzungsmöglichkeiten besser und verträglicher - im Sinne der Gemeinde und der bereits ansässigen Betriebe.

Die CDU-Fraktion regte an, analog dazu auch die weiteren Gewerbegebiete auf ihre Satzung zu überprüfen und ggf. ebenfalls anzupassen.

Weitere Themen der Sitzung:

Einfassung des Kindergartengeländes mit Winkelstützmauer (TOP 4)

Am neuen Areal des Kindergartens St. Maria ergibt sich nach der Fertigstellung der Erschließungsstraße einen Höhenunterschied von ca. 1,60m zwischen Straße und KiTa-Gelände. Das Gelände muss deshalb angehoben werden. Dafür soll eine Stützmauer incl. Absturzsicherung errichtet werden. Der Gemeinderat bewilligte dafür zusätzliche € 130.000. Außerdem werden für Wartungsarbeiten auf dem zukünftigen Dach zusätzliche Bautenschutzmatte eingeplant. Kostenpunkt ca. € 20.000

Heilpädagogische Unterstützung für KiTa durch den Landkreis (TOP 7)

Ab dem Kindergartenjahr 2026/2027 startet das Landratsamt die „Poolinghilfe“ für Kitas. Ziel ist es, Kinder mit (drohenden) Behinderungen oder herausforderndem Verhalten besser in den Kita-Alltag zu integrieren – durch eine heilpädagogische Fachkraft, die flexibel und ganzheitlich unterstützt. Eine KiTa in Bad Schönborn hat nun die Chance, an diesem Pilotprojekt teilzunehmen.

Das Landratsamt übernimmt die Hauptkosten, die Gemeinde muss jedoch eine Zusatzkraft (0,5–0,75 Stelle) und Supervisionskosten (ca. 800–1.500 € p. a.) tragen. Der Gemeinderat begrüßt das Projekt und stimmte für die Teilnahme. Die finanziellen Rahmenbedingungen sollen mit dem Landratsamt aber noch einmal geklärt werden. Insbesondere wurde bemängelt, dass der Prozess erst nach Erstellung der kommunalen Haushalte gestartet wurde.

Der Tagesordnungspunkt **Nahwärmenetz** war erneut auf der Tagesordnung - allerdings ohne Beschlussvorlage. Der aktuelle Plan sieht vor, sechs kommunale Gebäude im Ortsteil Langenbrücken zwischen historischem Rathaus und Schwimmhalle mittels Nahwärme zu versorgen. Die Kostenschätzung prognostiziert jährlich € 175.000 für die Wärmeversorgung mittels Nahwärmenetz. Das wäre anfänglich mehr als doppelt so teuer als die aktuelle Gasrechnung. 2033 könnte das Nahwärmenetz dann genau so günstig werden wie das Heizen mit Gas (basierend auf Annahmen zu steigenden CO₂-Abgaben, steigende Netzentgelte sowie einer Preissteigerung des Gaspreises).

Anfragen und Bekanntgaben

Erneut meldete sich eine Eigentümerin der Waldparkstraße zu Wort. Den Sachverhalt hatten wir bereits mehrfach in früheren Newsletter-Ausgaben geschildert.